

„UNSERE SICHT“ wird von DIE LINKE. KV Prignitz herausgegeben. V.i.S.d.P.: Sabine Ott/KV PR, Redaktion: Harald Krause, Christian Elger OV Wittenberge, Jürgen Hennig OV Perleberg, Sabine Ott GF.

Beiträge bitte an:
DIE LINKE. Prignitz
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg oder
Mail: vorstand@dielinke-prignitz.de

Spenden können auf das Konto:
DIE LINKE. Prignitz
KontoNr.: 1404199
BLZ: 160601 22 bei der Volks- und Raiffeisenbank Prignitz e.G. überwiesen werden.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Zuschriften vor.

DIE LINKE. KV Prignitz
OV Perleberg
Kreistagsfraktion
Fraktion in der SVV Perleberg
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
T.03876 300131 / F.03876 300133
Mail: vorstand@dielinke-prignitz.de
fraktion-kreistag@dielinke-prignitz.de

DIE LINKE. OV Pritzwalk
Fraktion in der SVV Pritzwalk
Meyenburger Str. 16
16928 Pritzwalk
Tel./Fax 03395 7096406
www.dielinke-pritzwalk.de
Mail: pritzwalk@dielinke-prignitz.de

DIE LINKE. Wittenberge
Fraktion in der SVV Wittenberge
Karl-Marx-Str. 31
19322 Wittenberge
T./F. 03877 403891
www.dielinke-wittenberge.de

MdL Thomas Domres
Bürgerbüro
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
T. 03876 616840 / F. 03876 616841
T. 0331 9661536 / F. 0331966 1507
Mail: dialog@thomas-domres.de
www.thomas-domres.de

MdL Dieter Groß
Wahlkreisbüro,
Marktsstraße 13 - 16909 Wittstock
T. 03394 4997064 /Fax 4997065
T. 0331 966 1526 im Landtag
Mail: ra.gross@gmx.de

MdB Dr. Kirsten Tackmann
Bürgerbüro „LINKS-ECK“
Wilsnacker Str. 1 - 16866 Kyritz
T. 033971 32857 / F. 033971 32893
T. 030 22774308 / F. 030 22776308
Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de
www.kirsten-tackmann.de

UNSERE SICHT

Infoblatt für Mitglieder und Sympathisanten

1/2011

DIE LINKE.

Wir müssen der Motor für den Politikwechsel werden

Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi zum Politischen Jahresauftakt am 10.01. in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Gäste,



ein Jahresauftakt lohnt sich immer, weil durch irgendein komisches Datum denkt man immer, dass alles neu beginnt. Das stimmt zwar nicht, aber in gewisser Hinsicht muss man sich ja auch mit Illusionen anfreunden. Nun ist es so üblich, dass wir bei diesem Jahresauftakt kurz auch zu unserer inneren Situation sprechen. Ich will das auch machen, aber ich will auch so schnell wie möglich auf Politik zu sprechen kommen. Aber ich sage mal zur inneren Situation folgendes: Wir haben gelegentlich Personaldebatten die wir überhaupt nicht gebrauchen können und zwar weil sie zur Unzeit geführt werden. Wir haben auf demokratische Art und Weise eine neue Parteiführung gewählt und zwar bis zum Mai 2012. Meinetwegen können wir ab März 2012 wieder eine Personaldebatte führen, aber davor bringt die gar nichts. Weder einem Einzelnen, noch unserer Partei, noch der Politik. Wir stehen jetzt vor sieben wichtigen Landtagswahlen, zum Teil gekoppelt mit Kommunalwahlen und vor zwei gesonderten Kommunalwahlen im Jahr 2011. Und wenn wir irgendetwas taugen, dann müssen wir diese Wahlen erfolgreich gestalten, um ein Signal in die Gesellschaft zu setzen, dass sie sich zu verändern hat. Das ist unsere politische Aufgabe und das müssen wir hinbekommen. Und ich will versuchen zu beweisen, dass wir unersetzbar sind für unsere Gesellschaft. Wenn wir das nicht wären, hätten wir gewisse Tendenzen überflüssig zu werden. (...) Und jetzt haben wir noch eine Kommunismus-Debatte. Also, lasst mich ganz kurz, aber auch sehr eindeutig zumindest meine Haltung dazu beschreiben. Erstens, die alte Bundesrepublik Deutschland war politisch und strukturell völlig anders strukturiert und organisiert als die anderen Länder, auch Westeuropas. Es gab und gibt zum Teil immer noch einen

militanten Antikommunismus. Den kannten weder Italien noch Frankreich, aber der war ausgeprägt in der alten Bundesrepublik Deutschland. Der hatte vier Ursachen. Die eine Ursache bestand darin, dass man nach 1945 in wesentlichen Teilen den Apparat des Nazistaates übernommen hat, und den Leuten gesagt hat, ihr müsst jetzt lernen demokratisch zu werden, ihr müsst euch den Antisemitismus abgewöhnen, aber antikommunistisch dürft ihr bleiben. Also ein Standbein bleibt euch. Das war die eine Erklärung. Die Zweite kam, denn der Kalte Krieg begann, so dass das ganze forciert wurde. Die Dritte war, dass viele aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft kamen, und zwar nicht begeistert vom Kommunismus. Hat ja keinen Sinn, sich da etwas vorzumachen. Und die Vierte war, dass die SED die DDR in einer Art und Weise organisierte, dass auch das den Antikommunismus durchaus mit geprägt hat. Mauer, Tote, politische Prozesse. All das wisst ihr. So war das. Und nun gibt es, und das finde ich ja auch spannend, eine Debatte um die Verwendung des Begriffs, dazu werde ich noch etwas sagen, und zwar einfach deshalb, weil doch Marx völlig andere Vorstellungen hatte. Marx und Engels haben in ihrem Kommunistischen Manifest eine kommunistische Gesellschaft beschrieben, das klingt wie eine Traumgesellschaft. Eine Gesellschaft, in der sich Klassenlosigkeit durchgesetzt hat, in der höchste soziale Gerechtigkeit herrscht, in der es wirklich für alle die gleichen Bildungschancen gibt. Eine Gesellschaft mit höchster Emanzipation, mit höchster Partizipation, mit höchster demokratischer Teilhabe. Sie haben geschrieben, „eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen Voraussetzung der Freiheit für alle ist“. Das ist doch wirklich eine schöne Vision. Das ist doch die eine Realität. Jetzt komme ich aber zur zweiten Realität. Es gab viele, die nannten sich Kommunistinnen und Kommunisten, und die hatten mit diesen Zielen nichts zu tun. Sie haben schlimmste Verbrechen begangen, wenn ich zum Beispiel an Stalin und Pol Pot erinnern darf. Nun kann man ja eine Debatte führen, und das ist ja spannend, und sagen, na gut, was machen wir jetzt? Verbinden wir uns mit dem Begriff zum Beispiel – was ja niemand vorgeschlagen hat – und erklären immer dazu, was wir alles nicht damit meinen. Nehmen wir auf das Denken und Fühlen von Menschen Rücksicht, oder nicht? (...)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde und liebe Gäste – mir hilft auch der Vergleich zum Christentum nicht weiter. Natürlich kann ich sagen, ich darf doch den Begriff des Christentums benutzen ohne jedes Mal auf die Inquisition hinzuweisen. Warum geht es nun nicht beim Kommunismus? Ganz einfach. Weil die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Christentum nicht die Inquisition verbinden. Die liegt ein bisschen zu lange zurück. Da verbinden sie die heutigen Kirchen mit. Und das ist eben anders beim Begriff des Kom-

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag

im Monat Januar

W. Babinowsky
 A. Czarnetzki
 B. Dehlke
 E. Dreger
 H. Dziedzinki
 R. Fechter
 E. Golm
 E. Gulde
 H. Henseleit
 M. Müller
 E. Neumann
 H.J. Rogalski
 C. Vogelsang
 D. Wrede

im Monat Februar

P. Boas
 R. Brenke
 B. Deutsch
 U. Fredrich
 G. Hase
 A. Kohlhepp
 I. Kramke
 H. Müller
 B. Pawelka
 M. Riske
 L. Säwert
 E. Thiel
 G. Thiele
 A. Warning
 H. Wiesenthal

im Monat März

K.-D. Bethke	R. Ramin
A. Broda	S. Raßmus
R. Dittrich	H. Rieckhof
H. Fischer	C. Runge
I. Fischer	W. Sill- Kauder
I. Heinecke	J. Steglich
F. Huhnstock	E. Tomzik
P. Krips	U. Wiesenthal
E. Lindow	G. Plack
H. Winkelmann	M. Pawelka
E. Preuß	

Gemeinsame Mitgliederversammlung zum Programmwurf unserer Partei

Aus dem Protokoll der MV:

Am 12.02.2011 fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung des OV Pritzwalk mit der BO Wolfshagen in den Räumen der Pritzwalker Geschäftsstelle mit 22 Mitgliedern statt.

Nach intensiver Diskussion fand der Entwurf eine überwiegende Zustimmung. Wenn es auch zu einigen Punkten Kritiken gab, fand man diese für nicht so schwerwiegend.

Neben der „Kommunismus“ Debatte wurden auch die Formulierungen zum Eigentum, zur Regierungsbeteiligung und zur Klimasituation etwas ausführlicher diskutiert. Eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene lehnt man gegenwärtig ab, auf Landesebene nur mit klaren Forderungen an den möglichen Koalitionspartner, auf Kreis- und kommunaler Ebene unbedingt.

Neben der Programmdiskussion wurde natürlich auch über Bundes-, Landes- und Kreispolitik gesprochen.

Klärungsbedarf innerhalb unseres KV gibt es zu eindeutigen Positionen zur Polizeireform, zum Energiekonzept und zur Initiative Autobahndreieck.



Buchpräsent vom MP M. Platzeck an Marlies Dziedzinski (OV DIE LINKE Pritzwalk) am Rande einer Festveranstaltung in der KMG Klinik in Pritzwalk.

Termine:

5./6.03. 2011
Landesparteitag
in Potsdam im
Kongresshotel

31.03.2011 - 18.00

Regionalkonferenz
in Eberswalde
im Paul Wunderlich
Haus 1

Zugesagt haben
alle 4 Minister und
Ministerinnen
Eine gute Möglich-
keit Anfragen an
die Minister zu stel-
len. Interessenten
melden sich bitte in
der Geschäftsstel-
le.

*Was hat man
vom Leben?
Nichts!
Am besten, man
stirbt!
Aber davon hat
man erst recht
nichts.
Da bleibt man
lieber leben.
Da hat man we-
nigstens was!
Johannes Conrad*

munismus. Da verbinden sie noch Stalin mit, die Toten an der Mauer etc. Und das müssen wir respektieren und berücksichtigen, wenn wir sie denn erreichen wollen. So, und deshalb sage ich nochmal eins: Im ND stand, dass ich gesagt habe, wir sollen den Begriff nicht mehr verwenden. Also manchmal sage ich ja auch Blödsinn, aber so einen Blödsinn sage ich nun selten. Ich verwende ihn ja nun gerade selber immerzu.

Also ich meine, das ist ja albern. Ich habe aber was ganz anderes gesagt. Ich habe gesagt, ich bin ganz sicher, dieser Begriff wird nicht unser Ziel im kommenden Programm sein. Da bin ich ganz sicher. Und dieser Begriff wird auch nicht unsere Alltagspolitik prägen. Auch da bin ich ganz sicher. Dafür brauchen wir den Begriff nicht. Aber eine theoretische, politische Auseinandersetzung wird es selbstverständlich geben, und dazu muss man auch den Begriff verwenden. Und wir haben schon 1989 und auch bei der jetzigen Parteibildung für DIE LINKE eins entschieden: Wir sind und bleiben eine pluralistische, linke Partei. Wir waren keine kommunistische Partei, wir sind keine kommunistische Partei und wir werden auch keine kommunistische Partei werden. Das ist entscheidend, und diese Botschaft können wir der Bevölkerung mitteilen! Aber wir sind eine Partei, ich habe es schon gesagt, die den demokratischen Sozialismus anstrebt. Und darf ich noch darauf hinweisen, ich habe 1989, als das gar keiner hören wollte, als die Signale ganz anders standen, da habe ich gesagt, der Staatssozialismus ist gescheitert, das ist wahr, aber der Kapitalismus hat nicht gesiegt. Er ist bloß übrig geblieben. Und was kommen wird, ist der demokratische Sozialismus. Und dabei bleibt es auch. Und für den streiten wir! (...)

Und nun komme ich mal zu unserer Gesellschaft. Da ich ja ein sehr aufmerksamer Verfolger unserer Medien bin, und ich begrüße alle Vertreterinnen und Vertreter von den Medien, da lese ich das, und höre das, und sehe das und da fällt mir plötzlich auf – also, wenn ich das alles richtig verstehe, leben wir im Wachstum. Es gibt steigende Steuereinnahmen, es gibt eine ungeheure Konsumlaune, hohe Gewinne, sinkende Arbeitslosenzahlen, hohe Erwartungen an die Binnenkonjunktur 2011. Das Ausland beneidet uns, vor allem um unsere Wirtschaftsentwicklung.

Also überall herrscht Krise, nur nicht bei uns. Ich glaube, das ist alles falsch. Und wenn es gelegentlich halb wahr ist, ist es letztlich auch falsch. Und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben ein Wachstum. Aber nur durch Exportwirtschaft. Und dieses Wachstum der Exportwirtschaft haben wir erreicht durch sinkende Löhne, durch sinkende Renten, durch sinkende Sozialleistungen. Dadurch sind unsere Güter billiger geworden. Dadurch konnten wir immer mehr exportieren. Was unsere Nachbarländer so selbstverständlich bedrückt und was außerdem bei uns hier in Deutschland zu einer wachsenden

Armut geführt hat. Ich finde, das ist überhaupt kein Grund stolz zu sein. Ganz im Gegenteil. Das Ausland bewundert uns nicht. Griechenland, Spanien, Irland sehen in der Deutschen Bank, in der deutschen Niedriglohnpolitik – als Ursache für die forcierten Exportüberschüsse – Verursacher der Krise. Und Dank Merkel werden wir auch dort noch verantwortlich gemacht für das Diktat von Sparprogrammen, die völlig unverantwortlich sind. Weil sie in diesen Ländern zu Armut führen. Übrigens, selbst die Exportchancen Deutschlands reduzieren wir am Ende, die denken nicht einmal in sich konsequent, aber das lasse ich jetzt mal alles bei Seite. Aber weil sie dort zur Armut führen, mit unvorstellbaren Auseinandersetzungen, deren Ausgang auch wir überhaupt noch nicht einschätzen können. Das ist unverantwortlich, was dort geschieht! Ich will jetzt nicht historisch werden, aber ganz kurz: Der Vertrag von Versailles war natürlich ein Diktat der es rechtsextremen Kräften später ermöglicht hat, eine viel zu starke Rolle in Deutschland zu spielen. Und wenn wir jetzt umgekehrt bei den Ländern sagen, immer runter mit den Löhnen, immer runter mit den Sozialleistungen, ihr müsst eure Ausgaben immer weiter reduzieren, können wir ähnliche Effekte erreichen. Das ist verhängnisvoll! Wir sind die Einzigen, die vor einer solchen Politik hier in Deutschland ganz deutlich warnen! Es gibt keine Regulierung der Finanzmärkte, trotz der Finanzkrise. Es wird weiter spekuliert. Statt die Schiefelage des europäischen Handels zu beseitigen, verklärt Merkel den Einsatz für deutsche Exportwirtschaft zur vaterländischen Pflicht. Statt Binnenkonjunktur anzukurbeln durch Lohnerhöhungen, Mindestlohn, Rentenerhöhung, Abbau prekärer Beschäftigung, werden die Lohnstückkosten weiter gedrückt. Statt den enormen Reichtum zu besteuern, wird er gehegt und gepflegt. Die Möglichkeiten zur Geldvermehrung durch Spekulation nicht etwa eingeschränkt, sondern weiter ausgebaut. Statt ökologischem Umbau werden die Laufzeiten für Atomenergie verlängert. Keine sozialstaatliche Konsolidierung, weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Immer tiefere soziale Spaltung bei Gesundheit, bei Rente und eben bei Löhnen. Kommunen schließen Schwimmbäder, Theater, können Schulen nicht instandhalten. Aber zur Rettung der Banken fließen hunderte Milliarden! Für Stuttgart 21 fließen Milliarden. Überall sind Milliarden da, aber nicht, wenn es um die Bildung geht, nicht, wenn es um Schwimmbäder geht. Nicht, wenn es um Kultur und Theater geht. Das ist das Problem dieser Gesellschaft!

Wenn wir immer mehr Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten dazu motivieren, leidenschaftlich zu kämpfen – ich sage euch, ein Wahlkampf ohne Leidenschaft taugt gar nichts, Leidenschaft müssen wir erzeugen – und wer das nicht will, wer für diese Ziele nicht steht und wer

Glühweinstand auf dem Perleberger Weihnachtsmarkt erbrachte 700,- €

Einer inzwischen guten Tradition folgend betrieben Mitglieder unserer Fraktion in der SVV und des Ortsverbandes Perleberg auch 2010 einen Glühweinstand. Im Vorfeld wurde entschieden, den Reinerlös der Perleberger Tafel e.V und dem Prignitzer Tierschutzverein e.V. zur Verfügung zu stellen. Mehr als 30 Mitglieder und Sympathisanten, auch aus Wittenberge, Putlitz, Gülitz, aus dem Amt Bad Wilsnack/Weisen, sowie der beiden Vereine waren aktiv dabei. Bei ihnen allen und Rainer Ramin, der wie immer die Sicherstellung übernahm, möchten sich die Fraktion und der Ortsvorstand für ihre Einsatzbereitschaft ganz herzlich bedanken. Ein Dankeschön auch für die Bereitstellung einer Gasheizung von Familie Bartels und für die Spende von Weihnachtsgebäck einer Perleberger Bürgerin.



Am 6. Januar, die Presse hatte umfangreich darüber berichtet, konnten je 350,-€ an Frau Müller, Vorsitzende der Perleberger Tafel e.V. (rechts im Bild) und Frau Rülker, Vorstandsmitglied des Tierschutzvereins (links im Bild), übergeben werden. Beiden war die Freude über die Unterstützung für ihre Arbeit im Interesse der Bürger und für unsere Stadt anzusehen.

Die dabei geführten Gespräche waren für Thomas Domres und mich sehr aufschlussreich und bestätigten, dass unsere Hilfe und Unterstützung stets willkommen sind. So haben wir u.a., wenn vom Tierschutzverein gewünscht, unsere Unterstützung bei anstehenden Instandsetzungsarbeiten am Tierfriedhof in Perleberg zugesagt. Ein möglicher Aufruf dazu wird sicher eine entsprechende Unterstützung bei unseren Mitglieder und Sympathisanten finden.

Jürgen Hennig
Vorsitzender Ortsverband Perleberg

Gedenken zum 66. Jahrestag an die Befreiung
des Vernichtungslagers Auschwitz
- *Gegen das Vergessen* -

Auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Perleberg versammelten sich am 27. Januar 2011 um 11.00 Uhr Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Jugendliche, Stadtverordnete und Mitglieder des OV Perleberg am VVN Denkmal am Marinplatz in Perleberg. Musikalisch und literarisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung von Schülerinnen und Schülern des Gottfried Arnold Gymnasiums, Mit-



gliedern des choralen Kirchen und der schule.

sprachen Bürgermeisterin und ordnete den Torsten Ue ständiglich druck, dass

Evangelischengemeindekreismusik. In ihren Anbrachten der Fred Fider 1. Beige-Landrates unmissverzum Aus-

die lebendige Erinnerung und die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte unabdingbare Grundlage für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie ist und durch Wachsamkeit und Zivilcourage allen extremistischen, intoleranten und rassistischen Bestrebungen aktiv entgegen gewirkt werden muss. Die Erinnerung an die Opfer des Naziregimes darf nicht enden.

Sabine Ott, GF - KV Prignitz



ne linke Politik. Er will auch nicht die notwendige Veränderung in der Gesellschaft. Da wir die genannten Ziele gemeinsam tragen, müssen wir jetzt gemeinsam und leidenschaftlich für top Wahlergebnisse für DIE LINKE in Hamburg, in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, in Bremen und Bremerhaven, in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin kämpfen und streiten. (...)

Der vollständige Text liegt in der Geschäftsstelle in Perleberg aus.

Gedenken an Karl und Rosa

Seit Jahren lege ich zusammen mit Zehntausenden an der Gedenkstätte der Sozialisten an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht rote Nelken nieder. Die Blumenverkäufer machen an diesem 2. Sonntag im Januar ein gutes Geschäft. So war es auch dieses Jahr.

Erstaunt ist man immer wieder über die Zahl der Menschen, Alte und Junge, die nach Friedrichsfelde kommen. Die Berliner Polizei und die ihr gläubigen Zeitungen sprechend Teilnehmern, Es sind Jahr so etwa zwischen 40 den Gräbern ist groß. Die unterschiedlich. Vom stillen von Fahnen und Transpa-Demonstrationszug. Die verschiedensten linken Gruppen und Organisationen zeigen sich an diesem Tag. Sie weisen darauf hin, dass die Einheit der linken Kräfte noch fehlt und dass die ideologischen Querelen unter denen, die eigentlich einheitlich handeln müssten, noch sehr groß sind.



Der Gedenktag in Friedrichsfelde bietet auch Gelegenheit, an vielen Ständen sich mit unterschiedlicher linker Literatur bekannt zu machen, diese zu erwerben und Gespräche mit Verlagen und Autoren zu führen. Das Kulinarische kommt auch nicht zu kurz, wenn z. B. die Nürnberger Genossen ihre echten Bratwürsteln anbieten.

Auch manchen alten Bekannten trifft man zu einem Sonntagsplausch. Leider, und das ist zu bedauern, ist aus unserem Kreis niemand anzutreffen. Wenigstens ich konnte noch kaum einen finden. Nach Berlin zu fahren ist ja nun wirklich in jeder Hinsicht kein Problem. Andererseits fahren Genossen und Sympathisanten aus ganz Deutschland und aus dem Ausland in die Hauptstadt.

Man sollte einmal in den Basisorganisationen darüber nachdenken. Die Teilnahme an dieser großen Gedenkveranstaltung kann auch vor aller Welt deutlich machen, dass die Linken im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt eine starke Kraft sind. *(Günter Rodegast)*

Junkerland wieder in Junkerhand ?

“Junkerland in Bauernhand” hieß es nach dem 2. Weltkrieg. Zwischen 1945 bis 1949 wurden die Großgrundbesitzer in der damaligen SBZ enteignet, denn sie waren eine wichtige Stütze des Naziregimes. Die demokratische Bodenreform war im Blickwinkel der BRD eine Ungeheuerlichkeit und unverzeihbar. Das Land wurde an Neubauern verteilt. Ein Gesetzentwurf der schwarz-gelben Regierung soll nun das Rad der Geschichte zurückdrehen. Schon 1994 hatte die Kohl-Regierung ein erstes Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz auf den Weg gebracht. Und heute sollen die Großagrarien durch einen sehr kostengünstigen Flächenerwerb entschädigt werden! Es wird mit etwa 11 000 Antragstellern bzw. Alteigentümern gerechnet, die 330 000 ha erwerben können. Diese werden von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und Verwaltung GmbH bereitgestellt. Es wurde errechnet, dass durch diesen Landverkauf der Bundesregierung ein voraussichtlicher finanzieller Schaden von etwa zwei Milliarden Euro entstehen! Um die Alteigentümer und deren Erben zu schützen, gibt es einen Stichtag, der die Preise vom 1. Januar 2004 festschreibt. Die Preise sind bis heute enorm gestiegen und man bezahlt heute bis zu 23 000 Euro für einen Hektar Ackerland. Ein Rechenbeispiel hat der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt (vgl. ND vom 8.Dez. 20010) “Im Nordosten zahle ein Bauer durchschnittlich 8 200 Euro pro Hektar Land”. Der Alteigentümer zahlt dafür nur 2 665 Euro! Im 2+4-Vertrag wurde festgelegt, dass die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden kann. --- Aber leider hat KPdSU-Chef M. Gorbatschow während der Verhandlungen zur Deutschen Einheit die Gültigkeit der Bodenreform nicht schriftlich fixieren lassen. Die LINKE lehnt diese “Besserstellung von Alteigentümern” ab! Und nun wissen wir, wessen Interessen die heutige Regierung vertritt.



Zu guter Letzt ein Zitat aus dem ND vom 5./6.Febr.2011, in dem Paul Alexander schreibt: “Während die LNKE und SPD im Bundestag das Gesetz kritisieren, stehen die Grünen für diese krasse Vertiefung der Rechtungleichheit zwischen Ost und West ideologisch Schmiere. Ihnen gehe es vor allem um die „Entschädigung von Stalinismusopfern“. Klingt natürlich viel besser, als ehemaligen Rittergutsbesitzern, nebst Verwandten 4. Grades, preiswert Spekulationsflächen zuzuschauen. Offenbar gehen dem Staat die Stalinismusopfer aus. Weswegen jetzt auch auf nähere und entferntere Verwandte zurückgegriffen werden muss.“

H. Krause, Perleberg

Gesamtmitgliederversammlung im Ortsverband Perleberg



Zu unserer Gesamtmitgliederversammlung am 07.02.2011 hatten wir den Bürgermeister Fred Fischer eingeladen. Die Genossinnen und Genossen bewegte die Frage: „Wie wird sich die Rolandstadt in den nächsten Jahren entwickeln?“

Dass sich seit der letzten Bürgermeisterwahl einiges zum Positiven verändert hat, wurde von niemandem in Abrede gestellt. Aber auch für die nächsten Jahre hat sich Perleberg zweifelsohne eine Menge vorgenommen und dies auch im integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) aufgelistet. Die Stadt aktiv und attraktiv für alle Generationen, für die Bürger, Einpendler und Touristen zu gestalten, ist das große Leitziel. Letztlich diktieren aber die Finanzen und Förderprogramme was möglich ist. Hier seien drei Programme genannt: Das Denkmalschutzprogramm zur Sanierung der Altstadt, das Programm „Aktive Stadtzentren (ASZ) und das Stadtumbauprogramm.

Für so einige Objekte in der Innenstadt hege die Stadt den Wunsch, dass in jene investiert werde, so der Bürgermeister Fred Fischer. Zugleich konnte der Bürgermeister auch positive Beispiele anführen, wie das ehemalige Hotel am Rathaus oder das Gebäude Großer Markt 12, das als multifunktionales Gebäude mit Sitz der Lotte Lehmann Akademie fungieren wird. Einem weiteren Aspekt muss man in Zukunft auch Rechnung tragen. Nach der Bevölkerungsprognose soll Perleberg von heute etwa 12.400 Einwohner auf 9.500 im Jahr 2030 schrumpfen. In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden noch weitere Fragen geklärt und auch Anregungen gegeben.

Der Ortsvorsitzende Jürgen Hennig dankte dem Bürgermeister für seine interessanten Ausführungen.

Manfred Lokatis, OV Mitglied

vielen Ebenen der Daseinsvorsorge, der Kampf um Bildung für alle, auch nach der vor kurzem gescheiterten Volksinitiative und die uns nicht unbekanntes Auswirkungen von Hartz IV.

Auch die Situation rund um das schrottreife AKW in Krümmel, der Widerstand gegen die Castor-Transporte und die Pflege und Nutzung der Gedenkstätte Neuengamme interessierten uns. Große Beachtung fand die Arbeit von VVN/BdA bei uns, verbunden mit dem Wunsch ein Treffen in ihrer Begegnungsstätte in Angriff zu nehmen. Nach der Übernachtung bei unseren umsichtigen Gastgebern trafen wir uns am Samstag mit weiteren Wahlkämpfern aus Bergedorf, Bremen, Lüchow-Dannenberg und Ratzeburg.



Ausgerüstet mit entsprechendem Kartenmaterial und 3000 Wahlbriefen bewältigten wir einige Kilometer durch den Ortsteil Lohbrügge. Obwohl deutlich als LINKE zu erkennen, gab es interessante Bürgergespräche.

Gegen 15.00 Uhr hatten wir unsere Aufgabe erfüllt. Nach einer kurzen Auswertung und Stärkung ging es zurück. Am nächsten Tag habe ich mich auch im Namen von Bernd Polte, Günter Kolip und Peter Krips für die ereignisreichen Stunden bei unseren Hamburger Genossen bedankt und erfuhr, dass in Bergedorf nach neuesten Umfragen 7% der Stimmen möglich sind. Damit wäre die LINKE mit 4 Abgeordneten in der Bezirksversammlung vertreten. Mit dem Gefühl etwas dazu beigetragen zu haben, werden wir gespannt die Wahlberichterstattung am 20. Februar verfolgen.

Jürgen Hennig, OV Perleberg

*Jeder Mensch auf Erden denkt schon mal, dass er richtig denkt.
Das ist schon mal ein Riesenhaufen falscher Gedanken. (Johannes Conrad)*

Besucherfahrt am 27. und 28.01.2011 nach Berlin

Die Teilnehmer der Besucherfahrt wurden nach der Anreise in das Auswärtige Amt der Bundesrepublik zu einem Informationsgespräch eingeladen. Mit großem Interesse folgten wir einem einleitenden Film über die umfangreiche Arbeit des Ministeriums im In- und Ausland. Das Ministerium beschäftigt eine große Anzahl von Mitarbeitern, die in den Botschaften der Länder die Interessen unseres Landes vertreten. Gleichsam sind sie Ansprechpartner für Bundesbürger, die im Ausland Hilfe benötigen, z.B. beschaffen sie neue Dokumente, wenn diese abhanden gekommen sind. Viele Fragen der Gruppe wurden von einem Mitarbeiter des Amtes umfassend beantwortet.

Am Nachmittag besuchten wir im Reichstagsgebäude eine Plenarsitzung zum Thema: "Finanzielle Zuschüsse zur Beseitigung der Winterfolgen an den Straßen!" Ein Sprecher der CDU/CSU Fraktion war der Meinung, dass wir die Schlaglöcher auf den Straßen schon von der DDR übernommen hätten. Er sagte aber nicht, dass Firmen aus dem Westen große Aufträge bekamen, um nach der Wende Straßen zu sanieren oder auszubauen. Die Regierung ist der Meinung, die finanziellen Aufwendungen für die Winterschäden sollten die Kommunen selbst tragen.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden wir mit der täglichen Arbeit eines Angeordneten des Bundestages vertraut gemacht. Vor allem die Mitarbeit in den entsprechenden Ausschüssen (ein Abgeordneter kann in mehreren Ausschüssen tätig sein) ist sehr umfangreich.

Der Besuch im Reichstagsgebäude endete mit der Besichtigung der Glaskuppel. Der zweite Tag begann mit einer Stadtrundfahrt, die sich an politischen Gesichtspunkten orientierte. Unsere Stadtführerin zeigte uns wichtige Orte des alten und neuen Berlins und erläuterte die entsprechenden geschichtlichen Zusammenhänge.



Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch des Informationsstandes DER LINKEN auf der "Grünen Woche". Hier trafen wir unsere Abgeordnete Frau Dr. Kirsten Tackmann. Mit ihr sprachen wir über den

Infostand und über aktuelle Probleme. Rundherum war es eine sehr gut organisierte und interessante Veranstaltung der LINKEN. Wir bedanken uns bei Frau Dr. Kirsten Tackmann, die uns diese Fahrt ermöglichte und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit!

H. Krause, Teilnehmer aus Perleberg

Alles in Ordnung mit unseren Finanzen?

Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Als Kreisfinanzrevisionskommission haben wir kontinuierlich Kontrollen zur Einhaltung der Finanzordnung durchgeführt.

Positiv konnten wir immer einschätzen, dass es keine Verstöße gegen die Finanzordnung gab. Allen Finanzbewegungen liegen ordnungsgemäße Belege zugrunde, die Buchführung erfolgt zeitnah und ist auch für Außenstehende nachvollziehbar.

Bisher konnten dem Kreisvorstand Hinweise und Vorschläge unterbreitet werden, die nicht Mängel betrafen, aber die Effektivität der Finanzverwendung verbessern können. Das soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Für die Fahrkostenerstattung wurden bisher Tankquittungen abgerechnet. Das wurde nunmehr verändert. Jeder der Fahrkosten beansprucht, beantragt vor der Fahrt einen Dienstreiseauftrag, der dann durch die Geschäftsführerin und dem Kreisschatzmeister bestätigt wird. Dadurch wird eine bessere und eindeutige Nachweisführung erreicht.

Im Kreisvorstand Perleberg bestehen gegenwärtig Verträge mit 3 Telefonanbietern. Das betrifft Telefon- und Internetverbindungen. Es kann sein, dass bei dem einen Anbieter die Telefontarife, bei dem anderen der Internettarif besser ist. Es ist bestimmt möglich nach erfolgter Analyse einen Gesamtanbieter zu finden.

Unser Schatzmeister Holger Schult leistet eine gute Arbeit bei der korrekten Buchführung in unserem Kreisverband. Er arbeitet selbstständig und wendet viel Zeit dafür auf, ansonsten könnten die erreichten Ergebnisse nicht erzielt werden. Er realisiert aber dabei nicht nur die notwendigen administrativen Aufgaben schlechthin, nein, er hat auch die wirtschaftliche Lage unserer Finanzen im Blick.

Dazu hat er der Kreisvorstandssitzung am 12.10.2010 einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der finanziellen Lage vorgelegt. Der Kreisvorstand hat dazu einstimmig einen Beschluss gefasst. Diese Maßnahmen sollten uns eigentlich allen bekannt sein. Bei der nächsten Vorstandssitzung sollten die Mitglieder des Vorstandes über die Realisierung dieses Beschlusses berichten.

Wenn eingangs gesagt wurde, dass die Frage ob alles in Ordnung ist mit unseren Finanzen nicht so einfach zu beantworten ist, so betrifft das den kritischen Punkt der Einnahmen. Als Einnahmen stehen uns nur 3 Quellen zur Verfügung. *Mitgliedsbeiträge, Spenden und Mandatsträgerbeiträge*. Wichtig zu wissen ist, dass die eingeworbenen Spenden in voller Höhe in unserem Kreisverband verbleiben. Das Einnahmeaufkommen können und müssen wir alle beeinflussen. Jedes Mitglied sollte selbst prüfen

ob sein gezahlter Mitgliedsbeitrag der Beitragstabelle laut Finanzordnung entspricht und erforderlichenfalls eine Korrektur vorgenommen wird.

Der Zustand, dass Mitglieder im Oktober 2010 noch keinen EURO Beitrag für das laufende Jahr bezahlt haben, kann nicht akzeptiert werden. Hier tragen die Basisgruppen eine große Verantwortung.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Mandatsträgerspenden.

Hier besteht ein Kreisvorstandsbeschluss, dass 5-10 % der Aufwandsentschädigungen von den Mandatsträgern gespendet werden sollten. Sicher nicht zu hoch, aber es gibt Mandatsträger, die immer noch keinen Spendenbeitrag leisten. Damit kann man nicht einverstanden sein. Alle Mandatsträger sind nur durch unsere Partei und deren finanzieller Mittel in diese Wahlfunktion gekommen. Sie sollen mit dieser Spende einen finanziellen Beitrag für die nächsten Kommunalwahlen leisten. Diese Mandatsträgerspenden werden auf einem extra dafür eingerichteten Konto angespart.

Am Problem der Mitgliedsbeiträge und den Mandatsträgerspenden werden wir dranbleiben und an dieser Stelle wieder dazu berichten.

Rolf Dähne, Vorsitzender der Kreisfinanzrevisionskommission

Wahlkampfunterstützung in Hamburg



Auf unserem Treffen "20 Jahre Linke in der Prignitz" im Juni vergangenen Jahres, verabredeten wir mit unseren Partnern in den westlichen Verbänden die Fortsetzung politischer Gespräche und Unterstützung im Wahlkampf. Gern wurde unser Angebot angenommen. Wichtig war für uns und die Genossen, dass wir uns am Vorabend der Verteilung von Wahlbriefen, zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch in ihrer Geschäftsstelle in HH-Bergedorf treffen. Es gab beiderseits großes Interesse für die Situation in den jeweiligen Verbänden. Vom Wahlkampf 2008 war uns noch in Erinnerung, dass dieser von einer Wohnung aus geführt wurde. Daran sieht man, welche Bedeutung eine erfolgreiche Wahl auch für gute Arbeitsbedingungen hat. Erstaunt waren wir, dass die Mitglieder der Bezirksversammlung ihre gesamte Aufwandsentschädigung, insgesamt ca. 2200,- € monatlich, für die Parteiarbeit spenden. Im Mittelpunkt standen neben den Äußerungen unserer Bundesvorsitzenden zur K- Frage, die Belange der Kommunalpolitik, wie der Kampf gegen weitere Privatisierungen auf